

Schmerkner Firmen wollen Strasse, aber lieber nicht zahlen

Schmerikon will eine neue Verbindungsstrasse zwischen Autobahn und Industriequartier vorfinanzieren. Und später an den Kanton verkaufen. Das ansässige Gewerbe begrüsst das, sieht sich aber nicht in der Pflicht, mitzuzahlen. Im schlechtesten Fall blieben Gemeinde und Ortsgemeinde ganz auf den Millionen-Kosten sitzen.

von Pascal Büesser

Seit bald 30 Jahren redet man in Schmerikon von einer neuen Erschliessungsstrasse ins Industriequartier. Statt durchs Dorf und über den Bahnübergang soll dieses direkt ab der Autobahn A53 erschlossen werden. Mehrmals waren Projekte weit fortgeschritten – zuletzt 2012. Schliesslich sahen Gemeinde und Ortsgemeinde aber von einer Realisierung ab.

Damals sahen die Behörden die Strasse, die rund sieben Millionen gekostet hätte, als nicht absolut zwingend an. Zudem war 2012 klar, dass sie die Kosten selber tragen müssten.

Doppelspur verschärft Situation

Nun hat sich die Situation geändert, wie Gemeindepräsident Félix Brunschweiler einen Artikel der «Zürichsee-Zeitung» bestätigt. Er hat vom neuen St. Galler Bauchef Marc Mächler die Zusage erhalten, dass der Kanton die Schmerkner Behörden bei einer späteren Übernahme der Strasse abgelten würde. Dies ist dann der Fall, wenn die Umfahrungsstrasse A53-Gaster realisiert wird. Diese wird aktuell vom Kanton projektiert. Und fällt bei der Autobahnausfahrt mit der Schmerkner Erschliessungsstrasse zusammen. Lediglich die Kosten für ein kleines Verbindungsstück zum Industriequartier würden an Schmerikon hängen bleiben. Geplant wird alles vom Kanton. Dies sei eine Bedingung für die spätere Kostenübernahme, so Brunschweiler.

Verzögert sich die Umfahrungsstrasse A53-Gaster, käme Schmerikon dank der Vorfinanzierung der Gemeinde schneller zu einer neuen Erschliessungsstrasse. Denn Brunschweiler geht davon aus, dass es im Dorf einen breiten politischen Konsens dafür gibt. Scheitert die grosse Gaster-Umfahrung politisch gar, würde Schmerikon zwar auf allen Kosten sitzen bleiben, hätte aber neu eine direkte Anbindung ans Industriequartier ab der Autobahn.

Diese beurteilen die Behörden heute als deutlich wichtiger als noch 2012. Ein Grund ist der geplante Doppelspur-ausbau der Bahn zwischen Schmerikon und Uznach. Weil danach mehr Züge verkehren, wird der Bahnübergang laut Brunschweiler künftig zweimal pro Stunde acht Minuten ohne Unterbruch geschlossen sein. Bereits heute, wo die Barriere jeweils kurz öf-



Problem verschärft sich: Der Bahnübergang ins Schmerkner Industriequartier wird künftig länger geschlossen sein. Bild Christine Schibschod

nen, stauten sich die Fahrzeuge zu Stosszeiten bis zum Kreiseln an der Hauptstrasse und blockierten den Verkehr. Ein zweiter Grund sind die geplanten Wohnbauten auf dem Herbag- und Seegarten-Areal, die mehr Verkehr beim Bahnübergang bringen werden.

Ortsgemeinde zahlt mit

Beim Projekt 2012 hätte die Politische Gemeinde 47 und die Ortsgemeinde als Bodenbesitzerin im Industriequartier 53 Prozent der Kosten von rund sieben Millionen Franken übernommen. Wobei die nötige Unterführung der Bahngeleise allein knapp vier Millionen gekostet hätte. Beide Behördenchefs geben an, dass jener Kostenteiler die Ausgangslage für neue Verhandlungen darstelle, die noch ausstehen.

Klar ist: «Der damalige Kostenvoranschlag bewegt sich heute an der

unteren Grenze», sagt Brunschweiler. Er will versuchen, auch die Firmen, die von der Strasse profitieren würden, zu einem finanziellen Engagement zu motivieren. Eine Rechtsgrundlage dafür gebe es allerdings nicht.

Auch Ortsgemeinde-Präsident Andreas Kuster hofft auf eine Beteiligung der Firmen, wenn auch nur im symbolischen Rahmen. «Als Zeichen für die Bevölkerung wäre das gut», meint er. Zum Orts- wie politische Bürger für eine Realisierung der Strassenfinanzierung werden zustimmen müssen.

Die Firmen begrüssen das aktive Vorgehen der Gemeinde. «Für uns wird der Bahnübergang ein Problem, wenn der Doppelspurausbau kommt», sagt etwa Tobias Wild, Chef der Wild & Küpfer AG. Bereits heute habe man bis zu 15 Lkw-Fahrten pro Tag. Dazu kämen kleinere Lieferwagen sowie die 170 Mit-

arbeitenden. Und die Firma baut weiter aus (die «Südostschweiz» berichtete). Noch mehr Grossfahrzeuge verkehren für die Wespe Transport AG. Rund 50 pro Tag, wie Walter Haas, Leiter Disposition, sagt. Einen direkten Anschluss an die Autobahn begrüsse man sehr.

Firmen möchten nicht zahlen

Am dramatischsten würde die Situation, wenn künftig bei einem Brand oder einem anderen Notfall während acht Minuten keine Rettungsfahrzeuge über den Bahnübergang kämen, sagt Tobias Wild. Deshalb werde das Projekt auch vom Industrie- und Gewerbeverein Schmerikon gepusht, weiss er. Eine Kostenbeteiligung der Firmen sieht er dagegen kritisch. «Wir bezahlen Steuern und müssen in den Betrieb investieren, um Arbeitsplätze anbieten zu können», so Wild. «Reden kann man über alles, aber im Grundsatz ist es nicht in unserem Sinn, in öffentliche Strassen zu investieren.»

JMS-CEO Martin Jud schliesst eine Kostenbeteiligung nicht kategorisch aus. Für seine Firma sei die Verkehrssituation allerdings kein Killerkriterium. Als Schmerkner Bürger kenne er indes die Problematik. «Ob wir uns als Firma an Kosten beteiligen würden, hängt von den Vorstellungen der Behörden und der Diskussion ab.»

«Der damalige Kostenvoranschlag von sieben Millionen ist heute an der unteren Grenze.»

Félix Brunschweiler
Gemeindepräsident Schmerikon

«Als Zeichen für die Bevölkerung wäre eine finanzielle Beteiligung der Firmen gut.»

Andreas Kuster
Präsident Ortsgemeinde Schmerikon

Klinik geplant für gestörte Häftlinge

Im Kanton St. Gallen fehlen Plätze für psychisch kranke Häftlinge. Nun soll in einer geschlossenen Foren Station mit 16 Plätzen gebaut werden – für nur 13 Millionen Franken.

Wie die St. Galler Staatskanzlei mitteile, fehle heute im Kanton eine Klinik für psychisch kranke oder geistig behinderte Häftlinge mit einem mittleren Sicherheitsrisiko. Bisher mussten solche Personen ausserkantonale Unterbringung oder in ein Gefängnis eingewiesen werden. Diese Lösung sei aber weder der baulichen noch der personellen Ausstattung her für psychisch kranke Häftlinge geeignet.

In der geplanten Forensik-Station würden vor allem Häftlinge mit psychischen Störungen oder Psychosen, Sexualdelinquenten untergebracht werden. Justiz- und Polizeidirektor Fässler. Sie könnten sich im Vorfeld einer Massnahme befinden oder den für Abklärungen eingewiesen werden.

Bund soll 3,8 Millionen beisteuern

Geplant ist auf dem Areal der Psychiatrischen Klinik Wil ein eingeschossiges Gebäude mit 16 Betten, drei Sicherungszimmern, Aufenthalts-, Therapie- und Besprechungsräumen sowie einer sicheren Aussenanlage. Die Foren Station solle ähnlich wie die geschlossene Abteilung des Massnahmerrums Bitzi in Mosnang eine «mittlere Sicherheit» bieten, so Fässler. Eine «keine Hochsicherheitstrakt» geplant. Die Bauvorlage wird voraussichtlich in der Aprilsession vom Kantonsrat raten. Stimmt das Parlament zu, starten die Bauarbeiten 2020 beginne die Kosten von 12,9 Millionen Franken soll sich der Bund mit voraussichtlich 3,8 Millionen beteiligen. Für den Kanton verbleiben damit noch Aufwendungen in der Höhe von 9,1 Millionen.

Eschenbach ersetzt Gemeindefahrzeuge

Eschenbach erhält zwei neue Kommandofahrzeuge, der Gemeinderat hat die Beschaffung genehmigt. Das Fahrzeug der ehemaligen Gemeinde Gingen sowie der Pick-up, der in St. Gallen im Einsatz steht, seien beansprucht worden und in die Ja-Liste gekommen. Sie werden durch gleichwertige Fahrzeuge ersetzt. (so)

Ex-Finanzchef des Schwägälpe-Schwinget verurteilt

Der frühere Finanzchef des Schwägälpe-Schwinget hat zugegeben, fast 300 000 Franken veruntreut zu haben. Gestern wurde der 66-jährige ehemalige SVP-Kantonsrat vom Kreisgericht Wil zu einer bedingten Freiheitsstrafe und einer Busse verurteilt.

Das Urteil im Betrugsfall rund um das Schwägälpe-Schwinget ist gesprochen. Der fehlbare frühere Finanzchef des Vereins Schwägälpe-Schwinget ist vom Kreisgericht Wil zu einer bedingten Gefängnisstrafe von 18 Monaten und zu einer Busse von 3000 Franken verurteilt.

Wie vor dem Kreisgericht dargelegt wurde, investierte der Mann – ein früherer St. Galler SVP-Kantonsrat – rund 220 000 Franken aus der Deliktsumme in Hochrisikopapiere. Im Weiteren habe er mit dem Geld verschiedene Kosten eines Treuhandbüros gedeckt. Wie

Der Angeklagte entschuldigte sich vor Gericht. Die veruntreuten

abgewickelt werden konnte. Vor Gericht entschuldigte er sich bei den Geschädigten. Er hatte als Einziger Zugriff auf das Vereinskonto gehabt. Das Geld, das er unterdessen zurückgezahlt hat, verschaffte er sich unter anderem mit ge-

arbeiterin des Treuhandbüros. Die habe das Geld veruntreut, um ihn finanziellen Probleme zu lösen, gab er erst als die Indizien erdrückend den, rückte der Mann von dieser U-stellung ab. Dann zog er die Konsequ-